

zu A. a) Leitgedanken

Neminem laede; imo omnes, quantum potes, juva.“

„Verletze niemanden, vielmehr hilf allen, soweit du kannst.“

– *DAS PRINZIP ALLER MORAL* -

Arthur Schopenhauer

(* [22. Februar 1788](#) in [Danzig](#); † [21. September 1860](#) in [Frankfurt am Main](#))

*

Was wir heute tun, entscheidet darüber, wie die Welt von Morgen aussieht!
Marie von Ebner-Eschenbach (1830-1916)

*

Heimat gestalten und nicht nur verwalten!

Reinhard M. W. Hanke

Leitgedanke der Arbeit der Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin



01) Unser Westpreußen - unsere Kultur – nur schmückende Beiworte? Von Günter Hagenau

Mit der zielstrebig verfolgten Umgestaltung der als Bundesorgan der Landsmannschaft herausgegebenen Zeitung „Der Westpreuße / Unser Danzig“ zu einer Zeitschrift mit modernem Outfit unter gleichzeitiger Umstrukturierung von Redaktionsorganisation und inhaltlichem Ansatz, ging auch die Veränderung des Untertitels des Blattes zu der „Begegnung mit einer europäischen Kulturregion“ einher.

Die Sorge, daß bei allen Veränderungen, zu denen vor allem die Umwandlung der als Verband der Heimatkreise und Landesgruppen gegründeten Landsmannschaft in die „Westpreußische Gesellschaft“ als schlichter Mitgliederverein gehörte, schließlich auch der Begriff Westpreußen aufgegeben werden könnte, hat sich so aber nicht bestätigt.

Die Zeitschrift trägt immer noch den Namen „Der Westpreuße“.

Das ist aber nur noch ein virtueller Regionalbegriff. Ein richtiger Westpreuße ist sie schon lange nicht mehr, sonst wäre es nicht nötig gewesen, vor dem redaktionellen Teil für die Beibehaltung dieses Namens zu werben und zugleich auch zu betonen, dass es die Provinz dieses Namens schon seit 1920 nicht mehr gibt. So liest sich diese Begründung, als wären es die feierlichen Einsetzungsworte zu einem neuen Projekt. (Siehe die Hefte seit November 2018).

Wer bei der Aufnahme des neuen Untertitels gemeint hatte, mit der „Europäischen Kulturregion“ sei Westpreußen gemeint, findet im Beiheft zum Westpreußenkongresses von September 2018 gleich vornean ebenso den Hinweis auf die schon längst von der Landkarte verschwundene Provinz, und dass man sich deshalb nach einer anderen, unbelasteten und zukunftsweisenden Bezeichnung habe umsehen müssen.

Westpreußen zu suchen werden wir daher, ob nun als jemand, der dort seine Heimat hat, oder nach dem historischen Westpreußenbegriff, auf das nur noch europäisch zugordnete und völlig unkonturierte Gebiet der unteren der Weichsel verwiesen.

Als westpreußische Landsleute brauchte uns das nicht zu stören. Genau wie wir unser Selbstverständnis darin sehen, dass uns niemand unsere Heimat nehmen kann, können wir auch dabei bleiben, dass uns niemand unser Westpreußen nehmen kann, gleich welcher der verschiedenen historischen Ausgestaltungen wir es zuordnen, und auch ohne diese Identität aufzugeben, nur weil die Provinz dieses Namens nun schon fast hundert Jahre nicht mehr besteht.

Es braucht uns auch nicht zu stören, dass sich die Zeitschrift, die auch weiterhin den Namen „Der Westpreuße“ trägt, nicht mehr an die westpreußischen Landsleute wendet. Sie mag den touristisch an der Landschaft Interessierten bei der Begegnung mit dieser europäischen Kulturregion die Verbindung zu erkennen helfen, die diese Landschaft zur deutschen Geschichte hat, vielleicht sogar zur westpreußische oder der des früheren Ordenslandes.

Der landsmannschaftliche Bezug ist ausgegliedert.

Alles, was die Pflege einer Heimatkultur gewesen sein könnte, wäre genauso rückwärts



gerichtet gewesen, wie eine Erinnerungskultur, die nicht nur daran anknüpft, dass Menschen aus diesem Land stammen und die Träger einer jahrhundertelangen Siedlungskultur sind, sondern auch an die jüngeren Ereignisse, die sich in den Begriffen Flucht und Vertreibung wiederfinden.

Auch die Bewahrung des kulturellen Erbes einschließlich der Welterbekulturstätten Thorn und Marienburg kann nicht von der landsmannschaftlichen Zugehörigkeit getrennt werden. Eine Kultur der Erforschung früherer Lebensverhältnisse sowie der Siedlungs-, Sozial- und Rechtsstrukturen, die der Familienforschung eine Stütze hätte sein können, wäre erst recht rückwärtsgewandt, zumal auch in den landsmannschaftlichen Organisationen bisher nur sporadisch Dokumentationen unserer Heimatsubstanz zustande gekommen sind.

Die Entscheidung für den Begriff einer „Europäischen Kulturregion“ als Konzept für die beim Namen „Der Westpreuße“ bleibende Zeitschrift ist auf die Entwicklung einer Begrüßungskultur für Touristen dieser nunmehr europäisch orientierten und argumentierenden Region an der untern Weichsel ausgerichtet und als Einladung zu verstehen, Möglichkeiten einer zukünftigen gemeinsamen deutsch-polnischen Geschichte zu erkunden.

Wie stark beim Blick auf die historischen Gegebenheiten Rücksichten auf entgegenstehende Empfindungen und Entwicklungen zur Seite geschoben werden, drückt sich in der Unbedingtheit aus, mit der die von Belastungen befreite Zukunftsfähigkeit betont wird.

Detmold, am 05. März 2019

02) Bittere Bilanz nach 30 Jahren

Von Gernot Facius

Der Frühling kommt - und mit ihm die Erinnerung an den neuen „Völkerfrühling“ vor 30 Jahren, als eine geknechtete Nation nach der anderen das kommunistische Joch abschüttelte. Die alte Nomenklatura verschwand, eine andere Generation rückte allmählich an die Schalthebel der Macht. Hoffnung keimte auf. Nunmehr seien endlich Lösungen möglich, die jahrzehntelang als utopisch galten, meinte man nicht zuletzt auch in Vertriebenenkreisen. Von einer neuen Qualität des Miteinanders abseits tabuisierter Grauzonen wurde geschwärmt. Und es ist ja manches Positive geschehen. Doch der Wunsch, dass „Entideologisierung und Entmythologisierung in allen Bereichen des politischen Lebens“ (**Professor Friedrich Prinz**) auch den Versuch einer Lösung der sudetendeutsch-tschechischen Probleme günstig beeinflussen möge, hat sich nicht erfüllt. Das ist die bittere Bilanz von drei Jahrzehnten nach der angeblich epochalen Wende. **Deutsch-tschechische** Deklarationen und Dialogrunden waren zwar hoffnungsvolle Ansätze, aber sie vermochten und vermögen es nicht, historische Altlasten wie die Unantastbarkeit der rassistischen Beneš-Dekrete zu entsorgen. Zur Erinnerung: Im Jahr 2002 haben alle Fraktionen des tschechischen Parlaments, **ohne Gegenstimmen**, per Beschluss beteuert: Die Dekrete seien unveränderlich. Das war die Fortführung der Politik der „nationalen Front“, diesmal unter demokratischem Vorzeichen. Und davon macht man in Prag keine Abstriche. Die Regierung sperrt sich bis heute gegen einen direkten Dialog mit der sudetendeutschen Volksgruppe. Das fällt ihr nicht schwer, weiß sie doch, dass ihr Pendant in Berlin, ebenso das „Schirmland“ Bayern, kein sonderliches Interesse zeigt, sich für Vertriebeneninteressen in die Bresche zu werfen und sich so den Unwillen der Nachbarn zuzuziehen. Bei den jüngsten bilateralen Gesprächen wurde jedenfalls darüber hinweggegangen. Man pries viel lieber die guten wirtschaftlichen Kontakte. Wenn man so will, eine Beschönigung der harten Realität. Am 1. Mai sind 15 Jahre vergangen, seit die



Seite 12 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 746 vom 14.03.2019

Tschechische Republik in die „Wertegemeinschaft“ EU aufgenommen worden ist – bei einigen Gegenstimmen aus den Reihen deutscher Unionsabgeordneter. Und auf diesen wenigen Parlamentariern lastete, wie man heute weiß, noch ein immenser Druck aus Berlin: Man wollte sie, wenn schon nicht zu einem Ja, wenigstens zu einer Stimmenthaltung bewegen. Im Übrigen ist schon weitgehend vergessen, wer sich seinerzeit für eine Abkehr von den rassistischen Dekreten des tschechischen Nachkriegspräsidenten stark gemacht hatte: der ungarische Regierungschef **Viktor Orbán**. Er zog sich damit nicht nur den Zorn seiner Prager Politikerkollegen zu, sondern riskierte sogar den Zusammenhalt der so genannten Visegrád-Gruppe. Auch daran sollte gedacht werden, wenn man in diesem Jahr der historischen „Wende“ gedenkt.

Dieser Kommentar von Gernot Facius erscheint in der Sudetenpost Folge 3 vom 7. März 2019.

Sie können die monatlich erscheinende Sudetenpost als Jahresabo im Inland um **nur € 33,-**, in Deutschland und im EU-Raum um **€ 39,-** und in Übersee um **€ 65,-** beziehen.

Wien, am 14. März 2019

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich

